

# Erste Stellungnahme von Ludwig



**Entsetzen herrscht über den heute veröffentlichten Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung über mögliche Gebiete für eine atomare Endlagerung. So gehört etwa die Eggstätter-Hemhofer-Seenplatte zu einem möglichen Gebiet für den Atommüll – und zwar als grundsätzlich geeignet beurteilt! Eine erste Reaktion gibt es von der Rosenheimer CSU-Bundestagsabgeordnete Daniela Ludwig am heutigen Montagnachmittag – mit diesem Wortlaut ...**

*„Die Bayerische Staatsregierung hat bereits angekündigt, diesen Zwischenbericht kritisch zu prüfen. Das begrüße ich sehr, denn für eine kritische Überprüfung gibt es genug Anlass.*

*– Nach diesem Zwischenbericht sind 54 Prozent des Bundesgebietes theoretisch geeignete Teilgebiete. Daran*

erkennt man, dass ein sehr großes Raster angelegt wurde.

– Es handelt sich um einen Zwischenbericht, der Teilgebiete vorstellt. Das heißt, dass hier noch keine abschließende Beurteilung vonseiten der Bundesgesellschaft vorgenommen wurde.

*Ich merke aber in aller Deutlichkeit an, dass ich große Zweifel an der Qualität des Zwischenberichts habe. **Dass man ausgerechnet eines der ältesten Schutzgebiete in Bayern – so etwa die Eggstätter-Hemhofer-Seenplatte – als grundsätzlich geeignet beurteilt, kann ich nicht nachvollziehen und ist nicht akzeptabel.***

*Es ist deshalb richtig, dass die Bayerische Staatsregierung eine eigentliche wissenschaftliche Expertise angekündigt hat. Die Suche nach möglichen Endlagerstätten für radioaktive Abfälle **darf keine Frage der Ideologie sein, sondern muss auf Erkenntnissen zu Geologie, Umwelt und Naturschutz beruhen.***

*Im Rahmen der Fachkonferenz Teilgebiete wird es nun die Möglichkeit geben, dass Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der betroffenen Gebietskörperschaften und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftler Stellungnahmen abgeben.*

***Wir sind alle aufgerufen, uns hier zu beteiligen und im Detail aufzeigen, warum ein solches Endlager bei uns nicht denkbar ist.***

*Letztendlich werden Bundestag und Bundesrat darüber entscheiden, welche Regionen in die übertägige Erkundung und somit in den nächsten Verfahrensschritt gehen.“*

**Daniela Ludwig, MdB Rosenheim**